



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	174
Frühzeitige Belehrungspflicht	175
– Stifungsgründung, sog. Durchlaufspende	
– ungefragte Belehrungspflicht (BGH Urf. v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90)	
Anlageberatung	181
– Makler	
– zugesicherte Eigenschaft	
– Verhandlungsgehilfe (BGH Urf. v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89)	
Sachverständigenhaftung	191
– Grundstücksbewertung	
– Sittenwidrige Schädigung eines Dritten, § 826 BGB (BGH Urf. v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90)	
Haftung des Steuerberaters	195
– Inhalt des Steuerberatungsvertrages	
– Kontierung durch Mandanten (OLG Düsseldorf, Urf. v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90)	
Haftung des Steuerberaters	198
– Schaden	
– Rechtswidriger Vermögensvorteil	
– Vertrauensschutz	
– Klageerhebung (OLG Düsseldorf, Urf. v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91)	
Anmeldung zur Sozialversicherung	203
– Fehler des Steuerberaters (LG Düsseldorf, Urf. v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91)	
GI Hinweise	203

GI Leitsätze

Treuhänder / Belehrungspflicht / Belehrungsbedürftigkeit

Zur Aufklärungspflicht des im Rahmen eines Kapitalanlagemodells tätigen Treuhänders gegenüber einem Erwerber, der als freier Mitarbeiter der mit dem Vertrieb der Anlage allein Beauftragten in die Durchführung des Projekts selbst eingebunden ist.

Verfügt der Erwerber über alle wesentlichen für die Beurteilung des Renditerisikos maßgeblichen Unterlagen oder kann der Treuhänder davon ausgehen, daß der Erwerber als Mitarbeiter der Alleinvertriebsbeauftragten die entsprechenden Erkenntnismöglichkeiten hatte, so kommt eine Aufklärungspflichtverletzung mangels Aufklärungsbedürftigkeit nicht in Betracht.

(BGH Ur. v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90 – RPK U 1.148/92)

Vermittlerhaftung / Belehrungsinhalt

1. Vermittler von Warenermittelgeschäften haben ihre Kunden über die wesentlichen Grundlagen solcher Geschäfte, die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die damit vorhandenen Risiken und die Verminderung der Gewinnchancen durch höhere als die üblichen Provisionen ungefragt aufzuklären.
2. Die Aufklärung, die grundsätzlich nur schriftlich erfolgen kann, muß zutreffend, vollständig, gedanklich geordnet und auch von der Gestaltung her geeignet sein, einem unbefangenen, mit Warenermittelgeschäften nicht vertrauten Leser einen realistischen Eindruck von den Eigenarten und Risiken solcher Geschäfte zu vermitteln.

(BGH Ur. v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91 – WM 1992, 770)

Wettbewerbswidrige Werbung / Verbund mit RA, Unternehmensberatung, Marketing-Agentur

Läßt eine Steuerberatungsgesellschaft anlässlich ihres Umzuges in andere Geschäftsräume zusammen mit einer im gleichen Hause niedergelassenen Rechtsanwaltssozietät, einer Unternehmensberatungsgesellschaft sowie einer Agentur für Marketing und Kommunikation ein gemeinsames Prospekt drucken, in dem nach einem vorangestellten Hinweis auf das Konzept einer fachübergreifenden Zusammenarbeit für eine umfassende Beratung sich die beteiligten Dienstleistungsunternehmen jeweils vorstellen und weist in diesem Zusammenhang die Steuerberatungsgesellschaft auf ihre eigene dynamische Entwicklung, auf ihr Dienstleistungskonzept sowie detailliert auf ihre Leistungsschwerpunkte hin, so verstößt sie zumindest dann gegen das Wettbewerbsverbot der §§ 8 Abs. 1, 57 Abs. 1 StBerG, wenn die Prospekte an die Mandanten sämtlicher beteiligten Dienstleistungsunternehmen versandt werden.

(OLG Celle, Ur. v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91 – StB 1992, 174)

Frühzeitige Belehrungspflicht

- Stiftungsgründung, sog. Durchlaufspende
- ungefragte Belehrungspflicht

(BGH Urt. v. 7.11.1991 – IX ZR 288/90 – WM 1992, 238)

Leitsatz:

Zum Umfang der Belehrungspflicht eines Steuerberaters im Zusammenhang mit einer aus Steuerersparnisgründen zu errichtenden Stiftung.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger verlangt vom beklagten Steuerberater Schadenersatz wegen fehlerhafter Beratung. Der Kläger erbte im Jahre 1986 etwa 53 Mio. DM, die er zu einem erheblichen Teil gemeinnützigen Zwecken, insbesondere der Entwicklungshilfe, widmen wollte. Mit Bekannten, die unentgeltlich in Gruppen tätig waren, besprach er Anlagemöglichkeiten. Etwa von Ende Mai bis Mitte Oktober 1986 war der Beklagte für den Kläger zu einem Stundenhonorar von 100 DM tätig. In diesem Zeitraum wurde die Gründung einer Stiftung erörtert. Der Beklagte erhielt vom Kläger eine Vergütung von insgesamt 12.886 DM einschließlich Mehrwertsteuer. Mit Schreiben vom 24. 9. 1986 übersandte der Beklagte dem Kläger einen Vorschlag betreffend „Honorarvereinbarung und Arbeitskonzept für die Zeit vom 1. 10. 1986 bis 31. 3. 1987“, dem der Kläger nicht zustimmte. Am 8. 12. 1986 errichtete der Kläger eine Stiftung „Umverteilen! Stiftung für eine, solidarische Welt“, die er – gemäß der Stiftungsurkunde – mit Barvermögen in Höhe von 19.940.000 DM, Darlehensforderungen im Werte von 7.560.000 DM und Grundbesitz im Werte von 2.500.000 DM ausstatten wollte. Am 19. 12. 1986 erhielt die Stiftung die staatliche Genehmigung. Im Dezember 1986 erbrachte der Kläger gestiftetes Kapital unmittelbar an die Stiftung. Es wäre nach § 10 b des Einkommensteuergesetzes (EStG) möglich gewesen, der Erstausrüstung der Stiftung mit Vermögen die steuerliche Abzugsfähigkeit als Spende im Wege einer sogenannten Durchlaufspende zu verschaffen. Mit Bescheid vom 6. 5. 1987 wurde die Stiftung von der Körperschaftsteuer für das Jahr 1986 freigestellt, weil sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken diene. Im bestandskräftigen Einkommensteuerbescheid des Finanzamtes vom 13. 5. 1988 für das Jahr 1986 wurde die Einbringung des Stiftungskapitals nicht als Spende des Klägers im Sinne des § 10 b EStG anerkannt, weil der Kläger keine steuerwirksame Spendenbescheinigung vorgelegt habe.

Mit Bescheid vom 15.11.1989 lehnte die Oberfinanzdirektion Berlin es ab, dem Kläger wegen seiner Stifterleistungen Einkommensteuer aus Billigkeitsgründen zu erlassen.

Der Kläger hat mit der am 6.11.1989 zugestellten Klage vom Beklagten Schadenersatz in Höhe von 347.584 DM verlangt mit der Behauptung, ihm sei eine entsprechende Steuerersparnis entgangen, weil der Beklagte ihn nicht auf das Verfahren der Durchlaufspende für die Erstausrüstung der Stiftung hingewiesen habe. Landgericht und Kammergericht haben der Klage den Erfolg versagt. Die Revision führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz.

Aus den Gründen:

I.

1. Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, zwischen den Parteien habe ein „Geschäftsbesorgungsverhältnis“ vom 28. 5. 1986 bis Mitte Oktober 1986 bestanden. Dafür spricht, daß die angestrebte umfangreiche Vermögensanlage große wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung hatte und für die Beratertätigkeit des Beklagten eine Vergütung vereinbart und gezahlt wurde. Auch der Beklagte geht von einem rechtsverbindlichen „Auftrag“ des Klägers aus.
2. **Das Berufungsgericht hat angenommen, der Beklagte habe gegenüber dem Kläger keine vertragliche Pflicht gehabt zur Belehrung darüber, daß er eine Steuerersparnis erlangen könne, wenn er das vorgesehene Stiftungsvermögen im Wege einer sogenannten Durchlaufspende einbringe.** Dazu hat es im wesentlichen ausgeführt: Nach dem Vortrag des Klägers in Verbindung mit den eingereichten Unterlagen sei ein Auftrag des Klägers an den Beklagten, ihn in persönlichen Angelegenheiten einkommensteuerrechtlicher Art zu beraten, nicht festzustellen. Der Kläger berufe sich darauf, daß der Beklagte aus einer anderen Tätigkeit, nämlich der Beratung im Zusammenhang mit der Gründung der Stiftung, eine Nebenpflicht gehabt habe, ihn insbesondere auf das Durchlaufspendenverfahren auch für die Erstausrüstung der Stiftung hinzuweisen; eine solche Nebenpflicht habe der Beklagte jedoch nicht gehabt. Der Kläger habe nicht genügend dargetan, daß der Beklagte im Rahmen seines Vertragsverhältnisses verpflichtet gewesen sei, ihn über steuerwirksame Spenden gemäß § 10 b EStG zu belehren. Nach dem Vortrag des Klägers in Verbindung mit den gesamten Unterlagen sei der Beklagte für den Kläger steuerrechtlich beratend im Rahmen der Stiftungsgründung tätig gewesen. Insoweit habe der Beklagte keine Vertragspflicht gehabt, eine Berliner Behörde zu Vorkehrungen

für ein Durchlaufspendenverfahren zu bewegen. Der Kläger habe auch nicht vorgetragen, daß der Beklagte ihm entsprechende bestimmte Steuervorteile bei unmittelbarer Erstaussstattung der Stiftung zugesichert habe. Der Beklagte habe dem Kläger in seinen Schreiben vom 4. und 16. 6. 1986 Belehrungen zu § 19 b EStG gegeben; daraus habe der Kläger ersehen müssen, daß er zur Erlangung persönlicher Steuervergünstigungen auf das sogenannte Durchlaufspendenverfahren angewiesen gewesen sei. Der Beklagte sei nicht verpflichtet gewesen, bereits vor der Endphase der Stiftungsgründung auf die Möglichkeit einer Steuerersparnis durch dieses Verfahren hinzuweisen. Auch in dem weiteren Schriftwechsel der Parteien und den Honorarrechnungen seien keine Anhaltspunkte dafür zu finden, daß er die besonderen einkommensteuerrechtlichen Probleme des Klägers hinsichtlich der vollen Ausschöpfung des Spendenabzuges habe lösen sollen. Seine Tätigkeit habe sich vielmehr auf die Veräußerung der Firmenanteile des Klägers, die Gemeinnützigkeit der zu gründenden Stiftung und verschiedene Einzelheiten bei der Vergabe von Mitteln für bestimmte Projekte erstreckt.

II.

Diese Ausführungen halten der Verfahrensrüge der Revision nicht stand. Dem Berufungsurteil ist nicht mit hinreichender Klarheit zu entnehmen, ob es das Vorbringen des Klägers als unschlüssig oder als nicht bewiesen angesehen hat.

In beiden Fällen ist es rechtsfehlerhaft (§ 286 ZPO).

1. Das Berufungsgericht hat das hinreichend substantiierte, unter Beweis gestellte Vorbringen des Klägers nicht berücksichtigt, im Mai 1986 habe er dem Beklagten ein umfassendes Mandat erteilt zur steuerlichen Beratung über die günstigste Anlage seines ererbten Vermögens für gemeinnützige Zwecke, insbesondere über eine Stiftung für Entwicklungshilfe; dabei sei eine Aufteilung zwischen seiner Steuerberaterin Q. und dem Beklagten dahingehend vorgenommen worden, daß der Beklagte für all das steuerberatend zuständig sein solle, was mit der Einbringung des Vermögens zu gemeinnützigen Zwecken in eine geeignete Rechtsform zu tun habe, und Frau Q. die übrigen steuerrechtlichen Belange des Klägers vertreten solle.

Bei der Würdigung der Unterlagen hat das Berufungsgericht folgende Umstände außer acht gelassen:

Schon kurz nach Vertragsschluß hat der Beklagte mit Schreiben v. 4. 6. 1986 dem Kläger „erste summarische Bemerkungen“ übersandt, die sich – in Nr. 2 bis 4 – auf steuerrechtliche Fragen einer Stiftung

beziehen. Nr. 4 seiner Bemerkungen betreffen Steuervorteile einer gemeinnützigen Stiftung; insoweit hat der Beklagte, um „längere Ausführungen zu ersparen“, den Aufsatz von Prof. S. über „Steuerliche Aspekte der Gemeinnützigkeit“ beigelegt, in dem er „die wichtigsten Stellen“ – betreffend „die als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke (§ 10 b Abs. 1 Satz 1 EStG)“ – sowie die Ausführungen über sogenannte Durchlaufspenden markiert hatte.

Nach dem „Protokoll“ der Stiftungsgründergruppe vom 5. 6. 1986 sollte der Beklagte „eine Art Stiftungsberater“ werden, zu dessen Aufgabengebiet u. a. die „Stiftungsberatung“ – gegen ein Entgelt – gehören sollte.

Die „Honorarliquidation“ des Beklagten vom 6. 6. 1986 hat sich bezogen auf „lfd. steuerliche Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Geschäftsanteile Dr. M. GmbH und einer Stiftungs-Gründung“.

In seinem Nachtrag vom 16. 6. 1986 – zu seinem Schreiben an den Kläger vom 4. 6. 1986 – hat der Beklagte – unter Nr. 1, 2 – steuerrechtliche Fragen einer gemeinnützigen Stiftung erörtert. In Nr. 2 dieses Nachtrags hat er ausgeführt, daß das Einkommensteuerrecht die Förderung der Entwicklungshilfe als besonders gemeinnützig einstufte. Sodann heißt es in diesem Nachtrag:

„Hinsichtlich des Empfängers der Zuwendungen (Spenden) wird dies aber davon abhängig gemacht, daß dieser eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle ist. Vorbehaltlich einer noch notwendigen Abstimmung mit der Finanzverwaltung hat dies für die Stiftung nur die Bedeutung, daß Zuwendungen Dritter an die Stiftung, die diese als Sonderausgaben abziehen wollen, über eine solche Einrichtung laufen müssen und ggfs. über eine Bestätigung 'steuerrechtlich für den Spender' sanktioniert werden müssen (z. B. wie bei Greenpeace durch eine Hamburger Behörde).“

Auch die Schreiben des Beklagten an den Kläger vom 7. 7. 1986 und vom 30. 8. 1986 beziehen sich auf eine gemeinnützige Stiftung.

2. Das nicht berücksichtigte Vorbringen des Klägers ist im Revisionsverfahren als richtig zu unterstellen. Danach ergibt sich rechtlich folgendes:
 - a) Der Beklagte schuldete dem Kläger vereinbarungsgemäß steuerlichen Rat über die günstigste Anlage seines Vermögens für gemeinnützige

Zwecke, insbesondere über eine Stiftung für Entwicklungshilfe. Deswegen hatte der Beklagte ihn darüber zu belehren, daß die Leistung des Stiftungskapitals im Wege einer Durchlaufspende eine Steuervergünstigung gemäß § 10 b EStG auslösen könne. **Ein Steuerberater muß seinem Auftraggeber auch ungefragt die bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten, die bei der Erledigung des Auftrags auftauchen, darlegen und ihn über ihre Folgen unterrichten, insbesondere auch über die Möglichkeit einer Steuerersparnis belehren** (BGH, Urt.v. 6. 12. 1979 = WM 1980, 308; v. 2. 6. 1981 = WM 1981, 942; v. 9. 12. 1981 = WM 182, 128; v. 4. 3. 1987 = WM 187, 661 = GI 1987, 119; v. 30. 1. 1990 = WM 1990, 808 = GI 1990, 82 = NJW 1990, 2057, 2058). Er muß den Mandanten in die Lage versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen zu wahren und eine Fehlentscheidung zu vermeiden.

An einer Belehrungspflicht des Beklagten ändert es nichts, daß bei Ende des Vertrages der Parteien die Stiftung noch nicht errichtet und genehmigt und das Stiftungskapital noch nicht erbracht worden waren. Damals hatten sich die Überlegungen – nach den erörterten Unterlagen – auf eine gemeinnützige Stiftung konzentriert. Bei einem Auftrag zur steuerlichen Beratung über eine entsprechende Vermögensanlage entsprach es dem Sinn und Zweck der Einschaltung des Beklagten, den Kläger **frühzeitig darüber aufzuklären, daß er bei der Erstausrüstung einer Stiftung im Wege einer Durchlaufspende eine Steuervergünstigung erreichen könne.** Dieser Umstand war für die Entscheidung des Klägers über die günstige Vermögensanlage bedeutsam. **Eine möglichst frühe Unterrichtung war auch angebracht, weil die Einrichtung einer staatlichen Durchlaufstelle unstreitig zeitraubend war.**

Deswegen ist es auch rechtlich unerheblich, ob – gemäß dem Vorbringen des Beklagten – die Satzung einer Stiftung und der Schwerpunkt ihrer Gemeinnützigkeit noch nicht festgestanden haben. Der Kläger behauptet auch unter Beweisantritt, Ende August 1986 sei die Stiftungssatzung endgültig entworfen gewesen und habe die Entwicklungshilfe als hauptsächlicher Stiftungszweck festgestanden.

- b) Aus dem Vorbringen des Klägers ergibt sich kein Anhaltspunkt für eine Nichtigkeit des Vertrages wegen Verstoßes gegen das **Rechtsberatungsgesetz** (§ 134 BGB mit Art. 1 §§ 1, 4 RBerG; vgl. BGHZ 37, 353, 358 = WM 1962, 1135; 50, 90 = WM 1968, 780; 70, 12, 15 = WM 1978, 33; Urt.v. 27. 5. 1963 = NJW 1963, 2027).
- c) Nach dem Klagevortrag hat eine vertragswidrige, schuldhaft Verletzung einer Belehrungspflicht des Beklagten zum Verlust einer Steuerersparnis gemäß § 10 b EStG geführt.

Es ist davon auszugehen, daß der Kläger einem Hinweis, er könne das Stiftungskapital im Wege einer Durchlaufspende einbringen und damit eine Steuervergünstigung erzielen, bei der Gründung und Ausstattung der Stiftung – nur etwa zwei Monate nach Beendigung des Vertrages der Parteien – gefolgt wäre (vgl. BGH, Urt. v. 1. 4. 1958 = WM 1958, 877, 878; v. 25. 10. 1966 = WM 1966, 1283; v. 28. 11. 1984 = WM 1985, 319).

Eine entgangene Steuerersparnis wäre ein **Schaden** des Klägers, **weil sein Vermögen sich ohne die Vertragsverletzung um die Steuervergünstigung vermehrt hätte** (§§ 249 ff BGB; vgl. BGH, Urt. v. 28. 4. 1982 = WM 1982, 718 = NJW 1983, 998; Beschl. v. 22. 11. 1985 = WM 1986, 266 = NJW 1986, 2037, 2038). Daran ändert nichts die Absicht des Klägers, eine ihm zugeflossene Steuerersparnis wiederum dem Stiftungsvermögen zuzuführen. Der Kläger hat zum Schadenstreit unter Beweisantritt vorgetragen, daß er, wenn er vom Beklagten ordnungsgemäß belehrt worden wäre, das Verfahren einer Durchlaufspende für die Einbringung des Stiftungskapitals hätte nutzen können und auf diesem Wege – trotz der erst im Jahre 1987 erfolgten Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Stiftung – die Steuervergünstigung gemäß § 10 b EStG für das Jahr 1986 erlangt hätte, und daß die entgangene Steuerersparnis die behauptete Höhe habe.

III.

Das angefochtene Urteil ist nicht aus anderen Gründen im Ergebnis richtig.

Der Beklagte hat – entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts – eine Belehrungspflicht nicht erfüllt, indem er dem Kläger mit Schreiben vom 4. 6. 1986 den Aufsatz des Prof. S. zugesandt und darin einen Teil des IV. Abschnitts – betreffend die als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke (§ 10 b Abs. 1 Satz 1 EStG) – markiert hat. Daraus konnte der nicht fachkundige Kläger nicht eindeutig entnehmen, daß auch die Erstaussstattung einer Stiftung als Durchlaufspende gestaltet werden konnte. Der markierte Teil der Ausführungen behandelt bei unbefangener Betrachtung des Wortlautes Spenden an eine „letztlich begünstigte Körperschaft“, die bereits besteht. In diesem Sinne durfte der Kläger auch Nr. 2 des Schreibens des Beklagten vom 16. 6. 1986 verstehen.

Die Verjährungseinrede des Beklagten rechtfertigt – gemäß der Ansicht des Berufungsgerichts – die Abweisung der Klage nicht (§ 222 Abs. 1 BGB). Nach § 68 des Steuerberatungsgesetzes verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz wegen einer Vertragsverletzung des Steuerberaters in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist (vgl. BGHZ 73, 363 = WM 1979, 419; Senatsurt. v. 4. 4. 1991).

= GI 1991, 171 = BGHZ 114, 150 = WM 1991, 1088 = ZIP 1991, 589). **Einen Vermögensverlust wegen einer entgangenen Steuervergünstigung gemäß § 10 b EStG kann der Kläger frühestens im Dezember 1986 mit der Gründung und Ausstattung der Stiftung erlitten haben.** Die damit beginnende Verjährungsfrist wurde infolge der Zustellung der Klage an den Beklagten am 6. 11. 1989 unterbrochen (§§ 209, 211, 217 BGB).

.....

Anlageberatung

- Makler
- zugesicherte Eigenschaft
- Verhandlungsgehilfe

(BGH Urt. v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89 –
WM 1991, 1171 = ZIP 1991, 874 = BB 1991, 1371)

Leitsätze:

Zusicherungsfähige Eigenschaften einer Kaufsache sind bei Steuervorteilen des Erwerbs nach § 7 b EStG 1981 und §§ 15, 15 b Berlin FG nur die in der Sache selbst liegenden Voraussetzungen, nicht die Rechtsfolge einer Ermäßigung der persönlichen Steuerschuld und ihre anderweitigen Voraussetzungen (Klarstellung zu BGHZ 79, 183).

Wirbt ein Anlage-, Wirtschafts- und Finanzierungsberater der Käufer, welcher zugleich als Doppelmakler und als Verhandlungsgehilfe der Verkäufer auftritt, mit den Steuervorteilen eines Vertragsschlusses, die für die Kaufbereitschaft wesentlich sind, und spricht er insoweit nicht erkennbar nur im eigenen Namen, so handelt er dabei auch als Verhandlungsgehilfe der Verkäufer mit der Folge, daß ihnen sein Verhalten nach § 278 BGB zuzurechnen ist.

Ein Verhandlungsgehilfe kann durch persönliche Vertrauenswerbung mit besonderer Fachkunde auch die Sorgfaltspflichten des Schuldners entsprechend verstärken, so daß dieser eine Pflichtverletzung durch den Verhandlungsgehilfen nach § 278 BGB zu vertreten hat (Ergänzung zu BGHZ 31, 358).

Tatbestand:

Die Kläger kauften am 8.4.1987 von den Beklagten zum Preise von 134.830 DM eine Eigentumswohnung in B. und versprachen im Kaufvertrag, an deren Sohn H. F. eine Provision von 4.170 DM zu zahlen. Auf das Objekt waren sie durch den Sohn der Beklagten hingewiesen worden, der sich dabei als „Anlagen- und Wirtschaftsberater“ einführte. Dieser empfahl den Klägern die Anschaffung einer vermieteten Eigentumswohnung in B., beriet sie in Fragen der Finanzierung und handelte mit ihnen im Auftrag der Beklagten den Inhalt des notariellen Kaufvertrages aus. Unter anderem legte er den Klägern auch dar, daß Eigentumswohnungen in B. in den beiden ersten Jahren mit jeweils 10 v. H. der Anschaffungskosten steuermindernd abgesetzt werden könnten.

Nachdem das zuständige Finanzamt die Eintragung eines entsprechenden Steuerfreibetrages auf der Lohnsteuernkarte der Kläger abgelehnt hatte, fochten diese den Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung durch den Sohn der Beklagten an. Mit der Klage haben sie die Beklagten als Gesamtschuldner auf Rückzahlung des Kaufpreises und der Provision sowie auf Ersatz von Vertragskosten und Zinsen, Zug um Zug gegen Rückübertragung des Kaufgegenstandes, in Anspruch genommen.

Die Beklagten sind der Klage mit der Behauptung entgegengetreten, die unzutreffende Steuerauskunft ihres Sohnes habe auf einer gleichlautenden Mitteilung des Finanzamtes beruht; im übrigen sei ihnen die Auskunft nicht zuzurechnen, weil der Sohn insoweit als selbständiger Makler und als Finanzberater der Kläger gehandelt habe. Das Landgericht hat der Klage stattgegeben. Das Oberlandesgericht hat die Verurteilung wegen ausgleichspflichtiger Mieteinnahmen der Kläger auf 140.307,85 DM nebst Zinsen ermäßigt. Die Revision der Beklagten hatte im wesentlichen keinen Erfolg.

Aus den Gründen:**I.**

Das Berufungsgericht nimmt an, die Beklagten seien den Klägern aufgrund vorvertraglichen Verschuldens ihres Sohnes zu der mit der Klage geforderten Leistung, abzüglich ausgleichspflichtiger Mieterträge der Jahre 1987/88 in Höhe von 1.244 DM, verpflichtet.

Dem Sohn der Beklagten sei vorzuwerfen, daß er die Abhängigkeit der von ihm dargestellten Abschreibungsmöglichkeiten für eine Eigentumswohnung in B. von der Nutzung des Objekts für eigene Wohnzwecke der Eigentümer verkannt habe. Für die fahrlässige falsche Erklärung ihres

Sohnes über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten der Kaufsache hätten die Beklagten nach § 278 BGB einzustehen; denn der nach ihrem bindenden Zugeständnis mit dem Verkauf der Wohnung betraute Sohn sei den Klägern gegenüber als ihr Verhandlungsgehilfe eingeschaltet gewesen. Mindestens eine Mitursächlichkeit der zu günstig dargestellten Abschreibungsmöglichkeiten für den Kaufentschluß, welche die Kläger behaupteten, räume das Vorbringen der Beklagten nicht aus.

Der Anspruch aus vorvertraglichem Verschulden sei hier nicht durch die abschließende Sonderregelung der Gewährleistungspflichten des Verkäufers gemäß §§ 459 ff BGB ausgeschlossen, weil sich die unrichtigen Angaben über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten der Kaufsache weder auf ihre Beschaffenheit noch auf eine zusicherungsfähige Eigenschaft bezogen hätten. Denn neben den an die Sache gebundenen Voraussetzungen, insbesondere der Lage in B., sei die Sonderabschreibung von der eigenen Wohnungsnutzung durch die Käufer abhängig gewesen, somit von einem Umstand, welcher in der Person und Entscheidung der Kläger gelegen habe.

II.

Gegen das Berufungsurteil wendet sich die Revision im wesentlichen ohne Erfolg.

1. Ohne Rechtsfehler stützt das Berufungsgericht die Verurteilung der Beklagten auf fahrlässiges Verschulden beim Vertragsschluß. Dem steht hier nicht entgegen, daß die Vorschriften der §§ 459 ff BGB auch insoweit eine vorgehende Sonderregelung für die Haftung des Verkäufers sind, als es um zusicherungsfähige Eigenschaften der Kaufsache gemäß § 459 Abs. 2 BGB geht, die im Einzelfall nicht zugesichert worden sind (BGHZ 60, 319, 322 ff; BGHZ 88, 130, 134 = ZIP 1983, 1076; BGH Urt.v. 12.5.1976 – VIII ZR 33/74, WM 1976, 740; Senatsurt.v. 10.7.1987 – VZR 236/85, NJW-RR 1988, 10; v. 30.3.1990 – V ZR 13/89, NJW 1990, 1658, vgl. EWIR 1990, 873 [Knöpfe]; BGH, Urt.v. 16.1.1991 – VIII ZR 335/89, ZIP 1991, 321 = EWIR 1991, 245 [Westermann]; anderes noch Senatsurt. BGHZ 79, 183, 185 und v. 30.10.1987 – V ZR 144/86, WM 1988, 481). Das Berufungsgericht geht zutreffend davon aus, daß die Darlegung der Abschreibungsmöglichkeiten für die verkaufte Eigentumswohnung im Hinblick auf die steuerliche Förderung keine zusicherungsfähige Eigenschaft der Kaufsache zum Gegenstand gehabt hat, auf welche sich die hier verletzte Offenbarungspflicht bezog.

Zusicherungsfähige Eigenschaften einer Kaufsache im Sinn von § 459 Abs. 2 BGB sind auch ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zur Umwelt, sofern sie Brauchbarkeit oder Wert der Sache beeinflussen; jedoch müssen die rechtlichen Umweltbeziehungen in der Sache selbst ihren Grund haben, insbesondere dürfen sie nicht an Umstände in der Person des Erwerbers anknüpfen (Senatsurt. BGHZ 79, 183, 185; v. 6. 3. 1987 – V ZR 200/85 WM 1987, 1041; v. 10. 7. 1987 – V ZR 236/85, NJW-RR 1988, 10; v. 30. 10. 1987 – V ZR 144/86, WM 1988, 48, ferner BGHZ 111, 75, 78 ff.). Unter diesen Voraussetzungen hat der Senat die **Möglichkeit von Sonderabschreibungen nach § 7 b EStG als Bezeichnung einer zusicherungsfähigen Eigenschaft anerkannt** (BGHZ 79, 183, 186; Urt. v. 6. 12. 1985 – V ZR 2/85, WM 1986, 360; Urt. v. 12. 5. 1989 – V ZR 10/88); **ausgeschlossen** hat er davon jedoch die **Voraussetzung, daß kein Objektverbrauch** gemäß § 7 b Abs. 6 EStG in der Fassung des Gesetzes vom 16. 6. 1964 (BGBl I, 353) vorliegt, weil sie maßgeblich an Umstände in der Person des Erwerbers anknüpft (Senatsurt. v. 23. 3. 1990 – V ZR 16/89, VersR 1990, 977).

Wie die Senatsrechtsprechung danach trotz einzelner vielleicht mißverständlicher Formulierungen erkennen läßt, ist zusicherungsfähige Eigenschaft der Kaufsache bei Steuervorteilen nach § 7 b EStG 1981 und § 15 Berlin FG nicht die aus dem Gesetz folgende Ermäßigung der persönlichen Steuerschuld selbst. Denn die Steuerbegünstigung der § 7 b EStG 1981, § 15 Berlin FG haftet weder wie ein dinglicher Verwaltungsakt (z. B. die Artfeststellung als Einfamilienhaus oder Zweifamilienhaus gemäß § 179 AO, § 19 Abs. 3 Nr. 1, § 75 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BewG) der Sache selbst an, noch hat sie ihren Grund ausschließlich in der Sachbeschaffenheit oder Lage. Erhöhte Absetzungen des Erwerbers waren vielmehr nur bei bestimmten entgeltlichen Anschaffungen von inländischen Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen statthaft, die zu mehr als 66 ⅔ v. H. Wohnzwecken dienten (§ 7 b Abs. 1 Satz 1 und 4 EStG 1981, § 11 d Abs. 1 EStDV). Die Möglichkeit **erhöhter Absetzung nach § 7 b EStG 1981, § 15 Berlin FG für den Erwerber hing mithin immer auch von den Erwerbsmodalitäten ab. Die Rechtsfolge der Vorschriften im Einzelfall entzog sich infolgedessen einer umfassenden Eigenschaftszusicherung und konnte nur Inhalt einer selbständigen Garantie des Verkäufers sein.** Insoweit hat das zum 1. 1. 1987 in Kraft getretene neue Recht nichts geändert; indes gewähren seither § 15 und § 15 b Berlin FG i. d. F. von Art. 2 WohneigFG vom 15. 5. 1986 (BGBl I, 730) den Steuervorteil nur noch für Anschaffungen bis zu diesem Stichtag und für selbstbewohnte Objekte. Das hindert einen Verkäufer zwar nicht, die Möglichkeit erhöhter Berlin-Absetzungen für Eigentumswohnungen in ihren objektgebundenen

Voraussetzungen auch nach dem 31.12.1986 als Eigenschaft gemäß § 459 Abs. 2 BGB dem Käufer zuzusichern. **Im Streitfall lag jedoch der Nachteil für die Kläger gerade in der Existenz der seit dem 1.1.1987 verschärften, nicht objektgebundenen Voraussetzungen des Steuervorteils, die weder Eigenschaften der Sache sind noch eine vorhandene Eigenschaft der Kaufsache aufgehoben oder verändert haben.**

2. Das Berufungsgericht bejaht aufgrund zutreffender Anforderungen an die im Verkehr erforderliche Sorgfalt, (§ 276 Abs. 1 Satz 2 BGB), daß H. F. gegenüber den Klägern vorvertragliche Pflichten fahrlässig verletzt hat.

Wer als Verkäufer für eine Immobilie wirbt und dabei Steuervorteile einer Anlage- oder Kaufentscheidung herausstellt oder in konkrete Finanzierungsvorschläge einbezieht, muß Voraussetzung, Hinderungsgründe und Ausmaß der Steuervorteile richtig und so vollständig darstellen, daß bei dem Kunden oder Käufer über keinen für seine Entscheidung möglicherweise wesentlichen Umstand eine Fehlvorstellung erweckt wird (BGHZ 74, 103, 111 f; BGH, Urt.v. 25.11.1981 – IV a ZR 286/80, VersR 82, 194; v. 2. 2. 1983 – IV a 118/81, NJW 1983, 1730. Gegen diese Sorgfaltspflicht hat H. F. verstoßen; denn **er hätte darauf hinweisen müssen, daß gemäß § 15 und § 15 b Berlin FG i. d. F. des WohneigFG die erhöhte Berlin-Absetzungen bei Anschaffungen nach dem 31. 12. 1986 im Falle der Vermietung ausgeschlossen waren.**

Der Revision kann **nicht** zugegeben werden, daß H. F. wegen seiner irreführenden Darstellung des Steuervorteils **durch die revisionsrechtlich zu unterstellende falsche Auskunft des Finanzamts entlastet wird. Er hat sich gegenüber den Klägern als Anlage- und Wirtschaftsberater eingeführt und damit den Anschein eigener Sach- und Rechtskunde auch für die von ihm berührten Steuerfragen gegeben.** Dementsprechend hat er in erhöhtem Maß persönliches Vertrauen der Kläger in Anspruch genommen. Das durfte er auch als Verhandlungsgehilfe der Beklagten nur, wenn er sich über die einschlägige Gesetzesänderung auf dem laufenden hielt. Die Umgestaltung der steuerlichen Wohnförderung, das Auslaufen von § 7 b EStG und Begleitänderungen sind mit dem WohneigFG vom 15. 5. 1986 **lange vor dem hier fraglichen Zeitpunkt verkündet und 1986 in der Fachöffentlichkeit eingehend erörtert worden.** Hiervon mußte sich H. F. nach seinem Auftreten durch eigene Prüfung Kenntnis verschafft haben (vgl. BGHZ 74, 103, 111). Anders wäre es möglicherweise gewesen, wenn er für die Kläger erkennbar nur eine Auskunft des Finanzamts weitergegeben hätte, so daß sie eine Überprüfung durch ihn nicht unbedingt erwarten durften

(vgl. BGH, Urt. v. 6. 11. 1974 – VIII ZR 207/72, LM BGB § 676 Nr. 14 Bl. 2). **Unter den vorliegenden Umständen genügte eine telefonische Erkundigung beim Finanzamt mit einer nach eigenem Vortrag der Beklagten schon ungenau formulierten Frage zur Sorgfaltswahrung nicht.** Im Gegensatz zu der vom Berufungsgericht und der Revision angeführten Entscheidung des OLG München (NJW 1961, 1534) kam es hier nicht darauf an, durch Rückfragen beim Finanzamt die langjährige Handhabung des Gesetzes in der Behördenpraxis festzustellen, sondern **sich zuverlässige Kenntnis von einer Gesetzesänderung zu verschaffen.**

3. Zu Unrecht beanstandet die Revision, daß das Berufungsgericht die Darlegung des Sohnes der Beklagten über die Steuervorteile des Wohnungskaufs den Beklagten nach § 278 BGB zugerechnet hat.

H. F. war gegenüber den Klägern Erfüllungsgehilfe der Beklagten, dessen Verschulden die Beklagten gemäß § 278 Satz 1, § 276 Abs. 1 BGB zu vertreten haben.

- a) Gehilfe bei der Erfüllung vorvertraglicher Pflichten kann auch eine mit der Führung von Vertragsverhandlungen betraute Person sein (Senatsurt. v. 21. 6. 1974 – V ZR 15/73, NJW 1974, 1505 f; allgemeine Ansicht). Als solche war H. F. von den Beklagten eingeschaltet. Die Beklagten haben in der mündlichen Verhandlung erster Instanz zugestanden, daß ihr Sohn durch sie beauftragt gewesen sei, die Wohnung zu verkaufen. Dieses Geständnis wirkte für die Berufungsinstanz gemäß § 532 ZPO fort. Ein nach § 290 ZPO wirksamer Widerruf ist, wovon das Berufungsgericht zu Recht ausgeht, nicht erfolgt.

Die vom Berufungsgericht vorgenommene Auslegung des zugestandenen „Verkaufsauftrags“ dahin, daß der Sohn der Beklagten von seinen Eltern mit der Führung von Vertragsverhandlungen für eine Veräußerung beauftragt gewesen sei, ist möglich. Aus Rechtsgründen ist auch die tatrichterliche Würdigung nicht zu beanstanden, nach der hier ein Vermittlungsmakler von seinen Auftraggebern über die Vermittlung hinaus dazu eingeschaltet worden ist, als Verhandlungsgehilfe in ihrem Namen den Vertragsinhalt des beabsichtigten Geschäfts in den zur Beurkundungsreife notwendigen Einzelheiten mit dem anderen Vertragsteil auszuhandeln. Soweit die Revision den zugestandenen „Verkaufsauftrag“ nur als Verkaufsvermittlungsauftrag verstehen will, versucht sie unzulässigerweise, ihre eigene Auslegung an die Stelle der des Tatrichters zu setzen. Einer solchen Auslegung stünde zudem entgegen, daß im

Schriftsatz der Beklagten vom 7. 3. 1989 das Zugeständnis als „Informationsirrtum“ bezeichnet worden ist. Diese Einlassung schließt eine einschränkende Verlautbarungsabsicht, wie sie die Revision ihrer Auslegung zugrunde legen will, aus.

Nach § 289 Abs. 2 ZPO brauchte das Berufungsgericht der weiteren Erklärung, wonach der Sohn der Beklagten den Verkauf der Wohnung auch vermitteln sollte, daher nicht die Bedeutung beizumessen, daß kein Verhandlungsauftrag der Beklagten an ihn zugestanden sein sollte.

- b) Damit, daß der Sohn der Beklagten überhaupt als ihr Gehilfe in die Vertragsverhandlungen eingeschaltet war, ist allerdings noch nicht gesagt, daß die Beklagten auch für sein Verhalten einstehen müssen. Denn das Verschulden eines Erfüllungsgehilfen, demgemäß auch eines Verhandlungsgehilfen, hat der Schuldner nach § 278 BGB nur zu vertreten, wenn die gegen den Gehilfen erhobenen Vorwürfe aus der Sicht eines Außenstehenden ein Verhalten betreffen, welches im inneren sachlichen Zusammenhang mit dem Wirkungskreis steht, der dem Gehilfen zugewiesen worden ist (BGHZ 23, 319, 323; 31, 358, 366; BGH, Urt. v. 7. 5. 1965 – Ib ZR 108/63, NJW 1965, 1709, 1710; v. 6. 4. 1978 – III ZR 43/76, LM BGB § 278 Nr. 79 Bl. 2 R; V. 14. 2. 1989 – VI ZR 121/88, NJW-RR 1989, 723, 725).

Danach muß im Streitfall **grundsätzlich zwischen den Tätigkeiten unterschieden werden, die der Sohn der Beklagten nach seinem ersten Auftreten zur Anlage- und Wirtschaftsberatung der Kläger, als etwaiger Immobilienmakler beider Seiten, als Finanzierungsberater und -vermittler der Kläger und als Verhandlungsgehilfe der Beklagten entfaltet hat.** Das Berufungsgericht hat keine Feststellungen dazu getroffen, in welchem Gesprächsabschnitt H. F. durch seine Darlegungen die Fehlvorstellung der Kläger über die Möglichkeit zur Geltendmachung der erhöhten Berlin-Absetzungen erweckt und ob er seine pflichtwidrigen Äußerungen im engeren Zusammenhang der Kaufvertragsverhandlungen ausdrücklich wiederholt hat. Das war im Ergebnis aber auch nicht erforderlich, um das Verhalten ihres Sohnes den Beklagten zuzurechnen.

Werden Kaufvertragsverhandlungen dadurch, daß der Verhandlungsführer eines Vertragsteils sich – wie hier – ohne äußeren Einschnitt in seinem Auftreten beratend auch für den anderen Vertragsteil betätigt, in eine umfassende Anlage-, Wirtschafts- und Finanzierungsberatung eingebettet, so gehen beratende Äußerungen, die für den Vertragsinhalt aus Sicht des beratenen Verhandlungspartners erheblich sind,

auch in die Verhandlungsführung der Gegenseite ein. Äußerungen des H. F. die zunächst nur im Rahmen seiner Anlageberatungstätigkeit für die Kläger allgemein zu den Steuervorteilen des Erwerbs von Eigentumswohnungen in B. gefallen sein mögen, durften demnach die Kläger hier ohne weiteres auf die verkaufte Wohnung übertragen, weil sie bei den eigentlichen Kaufvertragsverhandlungen nicht berichtigt wurden. Das gilt um so mehr, als der Sohn der Beklagten bei dem von ihm skizzierten Finanzierungsmodell für den konkret benannten Kaufpreis für die Wohnung der Beklagten wiederum einschränkungslos von der Steuerersparnis erhöhter Berlin-Absetzung ausging, wobei er überdies den Bodenwertanteil der Anschaffungskosten entgegen § 15 b Abs. 1 Berlin FG, § 10 e Abs. 1 Satz 1 EStG sowie § 7 b EStG, § 15 Berlin FG, § 15 Abs. 2 EStDV voll in die Bemessungsgrundlage der Steuerbegünstigung einbezog. Die sachliche Verschmelzung des Beratungsfehlers des H. F. mit seinem – fahrlässigen – Verhalten bei den Kaufvertragsverhandlungen ergab sich für die Kläger daraus, daß neben der Frage der Kaufentscheidung vor allem die Annehmbarkeit der Kaufpreisforderung von den dargelegten Absetzungsmöglichkeiten abhing. Das zeigt die vom Sohn der Beklagten unter Ausnutzung der angenommenen Steuerersparnis vorgeschlagene Vollfinanzierung des Kaufpreises, auf welche die Kläger eingingen. Die Kläger sind mithin auch bei den Kaufvertragsverhandlungen in ihrer geschäftswesentlichen Fehlvorstellung über die steuerliche Ausnutzbarkeit der Anschaffung durch den Sohn der Beklagten als Verhandlungsgehilfen der Verkäufer bestärkt worden.

Künstlich und nach den Umständen mit § 133 BGB unvereinbar ist der Versuch der Revision, die Vertragsverhandlungen des H.V. aufzuspalten in einen vermittelnden Teil, den er nur im eigenen Namen als Vermittlungsmakler geführt habe, und einem parteilichen Abschnitt, in dem er namens der Beklagten als ihr Verhandlungsgehilfe aufgetreten sei, und dabei das Verhandlungsverschulden ausschließlich der Vermittlungstätigkeit zuzuordnen. Die Revision findet insoweit auch in § 164 Abs. 2 BGB keine Stütze, weil die Anwendung dieser Vorschrift Geschäftsidentität voraussetzt, die zwischen dem Verkauf einerseits und der Vermittlung andererseits fehlt.

- c) Ein – von der Revision nicht gerügter – Rechtsfehler des Berufungsurteils liegt im Ergebnis auch insoweit nicht vor, als es den Beklagten nach § 278 BGB außer der Handlungsweise ihres Verhandlungsgehilfen sein Verschulden uneingeschränkt zurechnet, obwohl für die Beklagten persönlich unter Umständen geringere Sorgfaltsanforderungen gelten können, weil sie sich im Gegensatz zu ihrem Sohn persönlich keiner

besonderen Fachkunde für die steuerlichen Verhältnisse bei Berliner Immobilienanlagen gerühmt haben.

Zutreffend geht das Berufungsgericht davon aus, daß sich im Grundsatz allerdings der konkrete Pflichtenkreis und der Sorgfaltsmaßstab des Verhandlungsgehilfen wie auch anderer Erfüllungsgehilfen nach der Stellung des Schuldners richtet, der sich des Erfüllungsgehilfen bedient (BGHZ 31, 358, 367; Palandt/Heinrichs, BGB, 50. Aufl., § 278 Rz. 13 und 24). Indes ist die weitere Frage hier in anderer Weise als das Berufungsgericht meint, dahin zu stellen, **ob ein Verhandlungsgehilfe durch persönliche Vertrauenswerbung mit besonderer Fachkunde auch die Sorgfaltspflichten des hinter ihm stehenden Geschäftsherrn entsprechend verstärken kann.** Das ist nach dem Schutzzweck des § 278 BGB zu bejahen. Die vom Verhandlungsgehilfen behauptete besondere Fachkunde kommt in ihrer werbenden Wirkung dem Schuldner zugute, und der Vertragsgegner kann ohne entsprechende Verlautbarung nicht wissen, welche auf den Verhandlungsgegenstand bezogene Erklärungen des Verhandlungsgehilfen von seinem Auftrag gedeckt sind oder dessen Grenzen überschreiten. Der Bundesgerichtshof hat deshalb sogar angenommen, daß ein Verhandlungsgehilfe den Bereich der eigentlichen Kaufvertragsverhandlung von sich aus erweitern und der damit für den Geschäftsherrn zusätzliche Nebenpflichten übernehmen kann, ohne daß seine Eigenmacht der Anwendung von § 278 BGB entgegensteht (BGH, Urt.v. 31.1.1962 – VIII ZR 120/60, LM BGB § 276 [H] Nr. 5 und v. 6.4.1978 – III ZR 43/76, LM BGB § 278 Nr. 79, Bl. 2 R mit Nachweisen).

4. Verfahrensfehlerfrei stellt das Berufungsgericht fest, daß die Kläger bei pflichtmäßigem Verhalten die Wohnung der Beklagten nicht gekauft hätten, **weil ihre Fehlvorstellung über den Steuervorteil der Anschaffung für den Kaufentschluß mindestens mitursächlich gewesen sei.** Die Beklagten haben demgegenüber nicht dargelegt, daß es auch bei ordnungsmäßiger Aufklärung zum Vertragsschluß gekommen wäre. Das fällt ihnen zur Last (BGH, Urt.v. 28.11.1983 – II ZR 72/83, WM 1984, 221 f m.w.N.; Senatsurt.v. 30.10.1987 – V ZR 144/86, WM 1988, 48, 50). Die Behauptung der Beklagten, für den Kaufentschluß der Kläger sei „in erster Linie“ die Restdauer der Wohnungsbindung entscheidend gewesen, zwingt entgegen der Ansicht der Revision nicht zu dem Umkehrschluß, daß die Kläger bei richtiger Darstellung der Abschreibungsmöglichkeiten die Wohnung auch gekauft hätte. Erheblich wäre die Behauptung der Beklagten nur gewesen, wenn bei pflichtmäßigem Verhalten ihres Sohnes keiner der mitwirkenden Gründe für den Kaufentschluß der Kläger entfallen wäre.

Unbegründet ist auch die Rüge, das Berufungsgericht habe die erstmals in der Berufungsverhandlung aufgestellte Behauptung der

Beklagten nicht hinlänglich gewürdigt, der Kaufentschluß der Kläger sei allein aufgrund der vorgelegten Lichtbilder und der „Objektbeschreibung“ gefaßt worden. Mit Recht vermißt das Berufungsgericht insoweit Substantiierung des Sachvortrags. Denn Gegenstand der Objektbeschreibung war in der Gesamtschau ebenso wie die Restdauer der Wohnungsbindung auch der dargestellte Steuervorteil. Unstreitig hat der Sohn der Beklagten diesen Steuervorteil hervorgehoben und zusammen mit dem Mietertrag trotz Finanzschwäche der Kläger als Grund für eine Kaufempfehlung genannt, wobei nach seiner Finanzierungsskizze eine Anschaffung ohne sofortigen Eigenkapitaleinsatz der Kläger möglich sein sollte. Wollten die Beklagten die Objektbeschreibung, wie die Revision vermuten läßt, in einem engeren Sinne verstanden wissen, hätte dies näher, nämlich substantiiert, vorgetragen werden müssen.

5. Ein **Mitverschuldeneinwand** gegen die Kläger ist nicht begründet.

Die Kläger haben sich das Verschulden des H.V. in seiner Funktion als ihr Anlage-, Wirtschafts- und Finanzberater nicht nach § 254 Abs. 2 Satz 2, § 278 BGB anrechnen zu lassen, weil sie sich seiner mindestens in dieser Beziehung nicht zur Wahrnehmung ihrer Interessen im vorvertraglichen Verhältnis zu den Beklagten bedient haben.

b) Soweit die Revision rügt, die Kläger müßten sich wegen Leerstehens der Wohnung von Oktober bis Dezember 1988 einen **Verstoß gegen ihre Schadenminderungspflicht** vorwerfen lassen, gibt der Vortrag in den Tatsacheninstanzen dazu nichts her. Die Anfrage vom 5. 10. 1988 an die Beklagten, ob sie interessiert seien, die zur Zeit leerstehende Wohnung zurückzunehmen, woraus sich die Verzögerung der Wiedervermietung ergab, war mit den Obliegenheiten der Kläger gemäß § 254 Abs. 2 Satz 1 BGB vereinbar, wenn nicht sogar geboten. Der Wert der Wohnung konnte nämlich bei Wiedervermietung insbesondere dadurch sinken, daß einem an Inanspruchnahme der Berlin-Absetzung gemäß § 15 b Berlin FG interessierten Käufer die dazu erforderliche eigene Wohnnutzung unmöglich gemacht wurde.

6. Zur Höhe des Schadenersatzes verweist die Revision jedoch zu Recht darauf, daß nach dem unstreitigen Klägervortrag, den der Tatbestand des Berufungsurteils allgemein in Bezug nimmt, die Wiedervermietung schon ab 1. 1. 1989 zu einer monatlichen Nettokaltmiete von 228,32 DM erfolgt war. Diesen **ausgleichspflichtigen Vorteil** müssen sich die Kläger in Höhe von 3 x 228,32 DM (= 684,96 DM) zusätzlich zu den im Berufungsurteil berücksichtigten, für 1987 und 1988 zugestandenen, Mieteinnahmen anrechnen lassen. Entsprechend ist die Verurteilung der

Beklagten durch den Senat, der nach § 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO selbst entscheidend, zu ermäßigen, während das Rechtsmittel ansonsten erfolglos bleibt.

Sachverständigenhaftung

- Grundstücksbewertung
- Sittenwidrige Schädigung eines Dritten, § 826 BGB
(BGH Urt.v. 24. 9.1991 – VI ZR 293/90)

Leitsatz:

Zur Haftung eines Sachverständigen für Grundstücks- und Gebäudebewertungen wegen sittenwidriger Schädigung eines Dritten durch ein fehlerhaftes Gutachten.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Sachverständige muß durch nachlässige Ermittlungen der Auftragsgrundlagen oder durch „ins Blaue“ gemachte Angaben leichtfertig gehandelt haben. Dadurch muß er eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Adressaten des Gutachtens und dem in seinem Informationsbereich stehenden Dritten an den Tag gelegt haben, die wegen der Bedeutung des Gutachtens und der von ihm in Anspruch genommenen Kompetenz als gewissenlos bezeichnet werden muß.
2. Ein Schädigungsvorsatz ist nicht grundsätzlich daraus abzuleiten, daß Bewertungsgutachten erfahrungsgemäß häufig als Argumentationshilfe bei Verkaufs- und Kreditverhandlungen benutzt werden.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht geht davon aus, daß der Beklagte der Klägerin zum Ersatz eines eigenen Schadens gemäß § 826 BGB verpflichtet sei, da er durch ein leichtfertig, grob fahrlässig erstelltes unrichtiges Gutachten die Möglichkeit gesetzt habe, daß Dritte getäuscht wurden und Schaden erlitten.

Es ist der Auffassung, den Angaben des Beklagten in dem **Gutachten über die Bebaubarkeit** käme zumindest in Verbindung mit der ergänzenden Auskunft vom 15. 3. 1983 nicht etwa nur eine Bedeutung als Grundlage der Schätzung des Verkehrswertes zu, sondern sie hätten eigen-

ständige Bedeutung. Er habe demgemäß für die Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit von Gutachten und Auskunft auch in diesem Punkt einzustehen, zumal er sich in dem Gutachten nicht darauf beschränkt habe, Auskünfte der Gemeinde wiederzugeben, sondern die Bebaubarkeit aus (scheinbar) eigener Sachkunde bzw. Prüfung ohne Einschränkung oder Vorbehalt als gegeben bezeichnet habe. Die Unrichtigkeit des Gutachtens beruhe auf grober Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit des Beklagten. Ihm hätten sich schon aufgrund seiner Kenntnis der Voraussetzungen für die Einordnung eines Grundstücks zum Innenbereich im Sinne des damals maßgebenden § 34 BBauG Zweifel an der Richtigkeit der Auskünfte der Gemeinde aufdrängen müssen. Im übrigen sei ihm die Unzuverlässigkeit derartiger Auskünfte auch positiv bekannt gewesen, was sich daraus ergebe, daß er seinem Auftraggeber P. wiederholt gesagt haben wolle, er könne sich auf die Auskünfte der Gemeinde in bezug auf die Bebaubarkeit nicht verlassen. Der unrichtige Ausgangspunkt seines Gutachtens über die Bebaubarkeit sei mit Sicherheit auch für die Bodenwertermittlung ausschlaggebend gewesen. Auch der Gebäudewert sei vom Beklagten fehlerhaft ermittelt worden. Unter anderem habe er nicht berücksichtigt, daß gerade bei außerordentlichen, großen und luxuriösen Gebäuden wie hier bei der Ermittlung des Verkehrswertes erhebliche Abschläge bis zu 50 % oder 60 % zu machen seien. Bezüglich des nach § 826 BGB erforderlichen Schädigungsvorsatzes könne ohne weiteres angenommen werden, daß der Beklagte trotz der Angabe seines Auftraggebers zum eingeschränkten Zweck des Gutachtens damit gerechnet habe, daß das Gutachten auch Dritten zur Kenntnis gelange und diese aufgrund des Gutachtens Vermögensdispositionen treffen würden. Da er sich der Unzuverlässigkeit der Auskünfte der Gemeinde bewußt gewesen sei, könne auch davon ausgegangen werden, daß er mit einer Schädigung Dritter gerechnet und diese in seinen Willen aufgenommen habe.

Schließlich ist das Berufungsgericht davon überzeugt, daß die Klägerin den Vertrag vom 7. II. 1983 mit dem Zeugen P. im Vertrauen auf die Richtigkeit des Gutachtens abgeschlossen hat. Durch Abtretung und Verkauf eines Grundstücksanteiles habe ein Betrag von 2 bis 2,5 Mio. DM aufgebracht werden sollen, der zur Rückführung der Verpflichtungen der KG bei der C-Bank habe bestimmt sein sollen. Ferner seien für Gläubiger der KG auf dem Grundstück Grundpfandrechte eingetragen gewesen, so daß die Klägerin auf der Grundlage der Schätzung des Beklagten davon habe ausgehen können, daß diese aus dem Grundstückserlös befriedigt werden könnten. Wenn der Übernahme der KG-Anteile auch noch andere Motive und Überlegungen der Klägerin zugrunde gelegen hätten, so sei doch praktisch auszuschließen, daß sie sich bei richtiger Information auf den Vertrag eingelassen und damit von vornherein einen Verlust von mehreren Millionen DM in Kauf genommen hätte.

II.

Das Berufungsurteil hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Unbegründet sind allerdings die Verfahrensrügen, mit denen sich die Revision gegen die Objektivität des Sachverständigen Sp. und gegen die Feststellung der objektiven Fehlerhaftigkeit des von dem Beklagten erstellten Gutachtens wendet. Der Senat sieht gemäß § 565 a ZPO davon ab, dies näher zu begründen.
2. Mit Erfolg wendet sich die Revision jedoch gegen die Bejahung der Anspruchsvoraussetzungen des § 826 BGB.

a) Voraussetzung für die Haftung eines Sachverständigen aus § 826 BGB für Schäden, die darauf entstanden sind, daß ein Dritter auf die Richtigkeit eines von ihm erstellten, aber tatsächlich unrichtigen Gutachtens vertraut hat, ist zunächst die Feststellung von Umständen, die das Verhalten des Sachverständigen als **Verstoß gegen die guten Sitten** erscheinen lassen. Daß der Sachverständige ein fehlerhaftes Gutachten erstattet hat, reicht dazu nicht aus. **Erforderlich ist vielmehr, daß der Sachverständige sich etwa durch nachlässige Ermittlungen zu den Grundlagen seines Auftrages oder gar durch „ins Blaue“ gemachte Angaben der Gutachtaufgabe leichtfertig entledigt und damit eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Adressaten des Gutachtens und den in seinem Informationsbereich stehenden Dritten an den Tag gelegt hat, die angesichts der Bedeutung, die das Gutachten für deren Entschließungen hatte, und der von ihm in Anspruch genommenen Kompetenz als gewissenlos bezeichnet werden muß** (vgl. Senatsurt. v. 21. 4. 1970 – VI ZR 246/658 – WM 1970, 878, 879 und vom 12. 12. 1978 – VI ZR 132/77 – VersR 1979, 283, 284; BGH, Urt. v. 18. 6. 1962 – VII ZR 237/60 – VersR 1962, 803, 804 ff.).

Das Berufungsgericht unterstellt, **daß dem Beklagten** (wie er behauptet hatte) **in Gegenwart des Zeugen P. der zuständige Gemeindebedienstete erklärt habe, das Grundstück sei bebaubar**, und daß auch die Angaben zu den Auskünften der Gemeindeverwaltung in seinem Schreiben vom 15. 4. 1983 richtig sind. **Ist das aber der Fall, dann bestehen erhebliche Zweifel, ob der Beklagte leichtfertig gehandelt hat**, als er die Angaben des Gemeindebediensteten zur Grundlage seines Gutachtens machte. Dem Berufungsgericht mag zwar darin zu folgen sein, daß dem Beklagten die Kriterien dafür bekannt waren, nach denen ein Grundstück zum Innenbereich oder zum Außenbereich im Sinne der damals maßgebenden §§ 34, 35 BBauG zu rechnen war, und daß sich ihm auch schon im Hinblick auf Lage, Größe und bauliche Ausgestaltung des Anwesens Zweifel an der Richtigkeit

der Auskünfte des Gemeindebediensteten aufdrängen mußten. Dieses fahrlässige Verhalten kann jedoch nicht ohne weiteres als leichtfertig und gewissenlos angesehen werden.

Derartiges liegt etwa vor, wenn der Handelnde damit einen eigenen Vorteil ohne Rücksicht auf die Belange Dritter sucht (BGHZ 70, 277, 282; 95, 307, 311), wenn er sich über bereits geltend gemachte Bedenken hinwegsetzt oder es ihm aus sonstigen Gründen gleichgültig ist, ob und gegebenenfalls welche Folgen sein leichtfertiges Verhalten hat. Umstände, die für ein solches gewissenloses Verhalten sprechen könnten, hat das Berufungsgericht nicht festgestellt. Das Verhalten des Beklagten könnte jedenfalls nicht als gewissenlos bezeichnet werden, wenn er, was das Berufungsgericht unterstellt, den Zeugen P. wiederholt nach Ablieferung des Gutachtens auf Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Auskünfte des Gemeindebediensteten über die Bebaubarkeit des Grundstückes hingewiesen haben sollte.

- b) Aber auch die Ausführungen des Berufungsgerichts zu dem Schädigungsvorsatz des Beklagten werden von der Revision mit Recht angegriffen.

Das Berufungsgericht geht insoweit zwar zutreffend davon aus, daß es für den Schädigungsvorsatz ausreichend wäre, wenn der Beklagte mit einer Kenntniserlangung seines unrichtigen Gutachtens durch Dritte gerechnet, eine dadurch verursachte Schädigung des Dritten für möglich gehalten und billigend in Kauf genommen hätte (bedingter Vorsatz). Tatsächliche Feststellungen dazu hat das Berufungsgericht, worauf die Revision zutreffend hinweist, allerdings nicht getroffen.

Auf bedingten Vorsatz läßt ein leichtfertiges, gewissenloses Verhalten bei Ausstellung unrichtiger Gutachten vor allem dann schließen, wenn der Sachverständige selbst erkannt hat, daß er sich so verhält (Senatsurteil v. 12. 12. 1978 a.a.O.). Eine solche Feststellung hat das Berufungsgericht bisher nicht getroffen und sie läßt sich auch nicht aufgrund des im Revisionsverfahren zugrundelegenden Sachverhalts treffen. **Das Berufungsgericht leitet den Schädigungsvorsatz daraus ab, daß derartige Gutachten erfahrungsgemäß häufig als Argumentationshilfen bei Verkaufs- und Kreditverhandlungen benutzt werden und daß die Annahme, der Auftraggeber werde bei solchen Verhandlungen ein für ihn günstiges Gutachten allein für sich behalten, völlig lebensfremd sei. Solche Annahmen können im Streitfall nach den Feststellungen des Berufungsgerichts nicht zugrundegelegt werden.** Das Berufungsgericht hat nämlich an anderer Stelle in seinem Urteil (bei der Ablehnung vertraglicher Ansprüche) festgestellt, das Gutachten habe dem Zeugen P. nur dazu dienen sollen, sich ein Bild darüber zu machen, ob der Sachwert des Anwesens den ihm vorliegenden Kaufangeboten entsprach.

Bei der Ablehnung einer vertragsähnlichen Haftung des Beklagten bezieht sich das Berufungsgericht deshalb auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (vom 2. 11. 1983 – IVa ZR 20/82 – GI 2/84 = NJW 1984, 355, 356), in welcher die Haftung eines Sachverständigen abgelehnt wird, weil sein Gutachten lediglich zur Belehrung des Auftraggebers und der hinter ihm stehenden Käufergruppe bestimmt war und nicht als Argumentationshilfe bei Verhandlungen mit Dritten dienen sollte. Das Berufungsgericht bemerkt dazu, daß es im Streitfall, soweit für den Beklagten ersichtlich, nicht anders gelegen habe. Dann aber durfte es nicht im Widerspruch dazu bei der Prüfung der Deliktansprüche das Gegenteil unterstellen.

III.

Da eine andere Anspruchsgrundlage für den Anspruch der Klägerin auf Ersatz ihres eigenen Schadens nicht ersichtlich ist und das Berufungsgericht Feststellungen zu dem hilfsweise geltend gemachten Anspruch aus abgetretenem Recht des Zeugen P. nicht getroffen hat, mußte das Berufungsurteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen werden.

In der neuen Verhandlung wird der Beklagte, soweit es noch darauf ankommt, Gelegenheit haben, auf seine Bedenken gegen die Kausalität zwischen dem Gutachten und der Schadenentstehung bei der Klägerin hinzuweisen.

Haftung des Steuerberaters

– Inhalt des Steuerberatungsvertrages

– Kontierung durch Mandanten

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90)

Leitsätze:

1. Der Mandant hat für die Richtigkeit der Grundaufzeichnungen gegenüber dem Finanzamt einzustehen.
2. Beeinträchtigt der Mandant durch Umbuchungsanweisungen die Zuverlässigkeit der dem Steuerberater zur Auswertung übergebenen Grundaufzeichnungen, kann er sich nicht darauf berufen, der Berater hätte die Unrichtigkeit erkennen und ihm Vorhaltungen machen müssen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung hat keinen Erfolg.

Das Beweisergebnis vermittelt auch dem Senat nicht die Überzeugung, daß der Kläger Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag schuldhaft verletzt und dadurch den von den Angestellten der Beklagten angerichteten Schaden mitverursacht habe.

Die KG führte die Buchhaltung selbst. Sie lieferte dem Kläger EDV-reife Disketten, der Kläger übernahm es, diese datenmäßig auszuwerten. Belege wurden dem Kläger nicht zur Verfügung gestellt, auch die Kontierung der Belege besorgte die eigene Buchhaltung (Zeugnisse H. und K.). Der Kläger erhielt monatlich die Disketten zur Auswertung, die er danach mitsamt der erfolgten Kontierung zurückreichte. Unstimmigkeiten wurden in einem vom Kläger erstellten Fehlerprotokoll festgehalten, das zwischen dem Büropersonal des Klägers und dem der Beklagten erörtert wurde (Zeugnis K.). **Für die Richtigkeit der Grundaufzeichnungen hat gegenüber dem Finanzamt der Steuerschuldner selbst einzustehen.** Mangels besonderen Auftrages ist der Steuerberater nicht verpflichtet, die Buchführung seines Auftraggebers zu kontrollieren. Ein solcher ausdrücklicher Auftrag ist dem Kläger von dem Geschäftsführer B. nicht erteilt worden, wie H. bekundet. Entgegen der von dem Zeugen geäußerten Rechtsmeinung folgt daraus, **daß es nicht zum Aufgabenbereich des Klägers gehörte, aufgrund der erfolgten Auswertung die Buchführung der Beklagten zu überprüfen,** um eventuelle Mißstände aufzudecken. Der Kläger hat auch eine solche Kontrolle nicht ausgeübt und auch zu keiner Zeit abgerechnet; die von K. erwähnten Abstimmungen anhand des **monatlichen Fehlerprotokolls** bezogen sich auf Unklarheiten in der Führung einzelner Konten. Eine Rechtspflicht zur Überprüfung der Grundaufzeichnungen folgt auch nicht daraus, daß der Kläger, der in dem von ihm erstellten Abschluß per 31. 7. 1982 ausdrücklich den Vermerk angebracht hat: „Eine Prüfung der Wertansätze und der Buchführung war nicht Gegenstand des Auftrags“ – In den früheren Abschlüssen, insbesondere dem zum 31. 7. 1981, diesen Vermerk nicht benutzt hat. Entgegen der Meinung des Sachverständigen R. begründet das im Innenverhältnis des Steuerberaters zu seinem Mandanten keine Pflichten über den geschlossenen Vertrag hinaus. **Dem Mandanten ist es verwehrt, darauf eine Rechtsscheinhaftung seines Vertragspartners zu gründen, weil er aufgrund des abgeschlossenen Vertrags weiß, zu welchen Diensten sich sein Vertragspartner verpflichtet hat.**

Auch bei B. ist diese Kenntnis zugrunde zu legen. Bei Feststellung des Pflichtenkreises, den er dem Kläger übertrug, kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß er den kaufmännischen Teil der Unternehmen ganz dem Zeugen H. überließ, mit dem er seit 1969 in einem eheähnlichen Verhältnis zusammenlebte, das noch bei Erstattung der Strafanzeige am 27. 7. 1983

bestand. Vor dem Hintergrund dieses persönlichen Vertrauens, das H. bei dem damaligen Geschäftsführer der beiden Beklagten genoß, ist es ganz unwahrscheinlich, daß der Kläger das Wirken H. und der ihm unterstellten Buchhaltung kontrollieren sollte. Das Geldtransitkonto, das von der Zeugin K.-F. nach Einleitung des Strafverfahrens untersucht wurde mit dem Ergebnis, daß ein **Fehlbetrag von 200.637,40 DM** ermittelt wurde, ist von dem Kläger nicht zum Gegenstand von Beanstandungen gemacht worden. Nach Einschätzung von H. war ein Kontenbestand zwischen 60.000 und 80.000 DM auf diesem Konto unauffällig. Mit einem Bestand von 93.121,82 DM in der Hauptabschlußübersicht per 31. 7.1981 war diese Zahlerstmals überschritten. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Bilanz zu diesem Zeitpunkt unstreitig erst im März 1983 in Auftrag gegeben und erstellt wurde. **Zu diesem Zeitpunkt war die Masse der veruntreuten Beträge bereits hinterzogen.**

Die Umsätze des Unternehmens in der Zeit von Januar 1980 bis Mai 1981 waren Gegenstand einer Sonderprüfung des Finanzamts gewesen, die am 14. 7.1981 begann und mit der Schlußbesprechung vom 20. 7.1981 abschloß und über die sich der Prüfungsbericht vom 24. 7.1981 verhielt. **Dabei wurden an der Zuverlässigkeit der Buchführung keine Bedenken geäußert.** Unbewiesen ist auch der von den Beklagten erhobene Vorwurf, der Kläger habe in der Bilanz per 31. 7.1981 den vorhandenen Kontenbestand von 93.181,82 DM dadurch ausgeglichen, daß er ihn als Privatentnahme B. verbucht habe, ohne diesen zu fragen. Insoweit wird auf die Ausführungen des Sachverständigen R. und auf die Ausführungen im angefochtenen Urteil verwiesen. Tatsächlich hat der Kläger diesen in der Hauptabschlußübersicht noch ausgewiesenen Bestand in der Bilanz unzulässig mit den „sonstigen Verbindlichkeiten“ verrechnet, was er selbst als unzulässig und irrig zugegeben hat. Der von der Zeugin K.-F. geäußerte Verdacht der Bilanzmanipulation, dem auch der vernehmende Polizeibeamte K. gefolgt ist, hat sich nicht bestätigt.

Die Zeugin K.-F. vermochte nicht auszuschließen, daß der Kläger bei dem von ihr geschilderten Telefonat nur Mutmaßungen in dieser Richtung geäußert hat. Tatsächlich hat B., wie die Zeugin K. zu Protokoll gegeben hat, in die Führung des **Transitkontos unmittelbar eingegriffen, indem er mehrfach die Zeugin anwies, Bestände dieses Kontos auf sein Privatkonto umzubuchen oder seine privaten Entnahmen aus der Kasse als Ausgang auf diesem Konto zu verbuchen.** Wer dergestalt als Auftraggeber die Zuverlässigkeit der dem Steuerberater zur Auswertung übergebenen Grundaufzeichnungen beeinträchtigt, kann sich nicht darauf berufen, **daß der Berater die Unrichtigkeit hätte erkennen und ihm Vorhaltungen machen müssen.** Den Zeugen K. zu der Behauptung zu vernehmen, der Kläger habe dem Zeugen gegenüber eingeräumt, von den hohen

Beständen auf dem Geldtransitkonto gewußt zu haben, und er habe dies zum Anlaß nehmen wollen, den Zeugen H. und den Geschäftsführer zu unterrichten, dazu sei er aber nicht in der Lage gewesen, ist nicht veranlaßt. Diese Äußerung des Klägers gegenüber dem Zeugen ist aktenkundig.

Unstreitig ist die Bilanz 1981 aber erst im März 1983 in Auftrag gegeben und von dem Kläger erstellt worden. Einer ergänzenden Befragung des Sachverständigen R. sowie der vom Landgericht vernommenen Zeugen bedarf es ebenfalls nicht.

Haftung des Steuerberaters

- Schaden
- Rechtswidriger Vermögensvorteil
- Vertrauensschutz
- Klageerhebung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91)

Leitsätze:

1. Vertrauensschutz kann der durch eine fehlerhafte Verwaltungsakte Begünstigte nicht für sich in Anspruch nehmen:
 - a) Wenn das Gesetz die Möglichkeit nachträglicher Änderungen eröffnet und die Behörde hiervon Gebrauch macht, desgleichen nicht
 - b) wenn die begünstigende Entscheidung auf seinen eigenen, unrichtigen Angaben beruht.
2. Der Senat folgt der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach der Verlust einer rechtlichen oder tatsächlichen Position, auf die der Geschädigte nach der Rechtsordnung keinen Anspruch hat, keinen ersatzfähigen Schaden darstellt (BGH, GI 22/85 = NJW 1985, 2482 = MDR 1986, 137).

I.

Der Schadenersatzanspruch in Höhe der zu zahlenden Einkommenssteuer und Kirchensteuer für das Jahr 1975 ist unbegründet.

Insoweit kann – zunächst unabhängig von der Frage, ob auch die Beklagten zu 2) und 3) beratend tätig geworden sind – eine Schadenersatzpflicht grundsätzlich nur dann in Betracht kommen, wenn eine **Verletzung**

von **Steuerberaterpflichten** vorgelegen hat. Das ist allerdings in doppelter Hinsicht der Fall. Zum einen wurde in **der Steuererklärung 1975 statt des tatsächlich bei der Veräußerung des landwirtschaftlichen Betriebes erzielten Gewinnes von 151.610 DM fälschlich ein Veräußerungsverlust von 67.282 DM** angegeben. Zum anderen ist diese gemeinsame **Steuererklärung der Eheleute nicht von beiden, sondern nur vom Kläger unterschrieben** worden. Ob dabei trotz Erbietens der Ehefrau des Klägers zur Unterschrift ausdrücklich erklärt worden ist, eine solche sei nicht nötig, kann dahinstehen.

Jedenfalls ist es zugelassen worden, daß die nur von einem Ehepartner unterschriebene Steuererklärung dem Finanzamt eingereicht worden ist. Diese beiden Versehen auf Steuerberaterseite zusammen ermöglichten es der Finanzbehörde später, den Kläger für die auf seinen Veräußerungsgewinn entfallenden Steuern entsprechend der materiellen Steuerrechtslage heranzuziehen. Die Höhe des Veräußerungsgewinns ist ebenso unstreitig wie die rechnerisch und in Einklang mit den anzuwendenden Steuervorschriften ermittelten Steuern. Das ist im finanzgerichtlichen Urteil bereits festgehalten und im vorliegenden Haftungsprozeß weiter unstreitig geblieben.

Durch diese Fehler im Rahmen der steuerlichen Beratung und Tätigkeit ist dem Kläger jedoch noch kein **Schaden** entstanden. Seine Auffassung, der frühere Bescheid vom 11. 8. 1977, in dem Einkommensteuer und Kirchensteuer 1975 zu seinen Gunsten festgesetzt worden sind, habe nicht mehr im Nachhinein zu seinem Nachteil abgeändert werden dürfen, vermag der Senat nicht zu teilen. Der Kläger meint, eine Abänderung des unstreitig vorbehaltlos ergangenen Bescheides hätte nur dann erfolgen dürfen, wenn bei der Betriebsprüfung 1979 neue Tatsachen festgestellt worden wären; das aber sei tatsächlich nicht der Fall. Neue Tatsachen in diesem Sinne liegen zwar nicht vor. Eine ausdrückliche Feststellung dieses Inhaltes kann dem Prüfungsbericht allerdings nicht entnommen werden, wie der Kläger irrtümlich meint. Indes kommt dies zweifelsfrei in der Einspruchsentscheidung am 1. 4. 1981 zum Ausdruck. Dort heißt es, das Finanzamt habe einen „bestimmten Sachverhalt . . . nicht berücksichtigt . . .“ bzw. der Feststellungsbescheid sei „aufgrund irriger Beurteilung des Sachverhalts“ ergangen. Gleichwohl kann dem Kläger nicht darin gefolgt werden, deshalb hätte der frühere Bescheid nicht mehr geändert werden dürfen; ohne den weiteren Beratungsfehler (Zulassen nur einer Unterschrift) sei der Bescheid zwar rechtswidrig gewesen, wäre aber bestandskräftig geblieben. Dem Kläger ist nur Recht zu geben in bezug auf die Änderungsmöglichkeit des § 173 AO. Dort ist die Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel

geregelt. Das Gesetz sieht indes in dem Abschnitt „Bestandskraft“ weitere Abänderungsmöglichkeiten vor. Das übersieht der Kläger. Hier waren für eine Änderung des sachlich fehlerhaften Bescheides die Voraussetzungen des §§ 174 Abs. 3 u n d Abs. 4 AO gegeben. Dies ist im einzelnen in den Gründen der Einspruchsentscheidung vom 1. 4. 1981 näher dargelegt. Der Senat nimmt auf diese zutreffenden Ausführungen Bezug und sieht von einer Wiederholung ab. Lediglich der Vollständigkeit wegen ist anzumerken, daß eine solche Änderung nur zulässig ist bis zum Ablauf bestimmter Festsetzungsfristen, §§ 169, 170 AO. Auch sie sind gewahrt worden.

Die weitere Auffassung des Klägers, der erste Bescheid hätte außerdem aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht mehr zu seinem Nachteil geändert werden dürfen, kann ebenfalls nicht geteilt werden. Zwar ist in der Rechtsprechung anerkannt, daß der durch einen rechtswidrigen Verwaltungsakt Begünstigte aus Gründen des Vertrauensschutzes eine rechtlich geschützte Position erlangt, die unantastbar ist. Dieser Grundsatz gilt indes nicht uneingeschränkt. Er kommt nicht zum Tragen, wenn – wie hier – das Gesetz selbst die Möglichkeit nachträglicher Änderung unter bestimmten Voraussetzungen eröffnet. Außerdem gilt diese aus dem Gedanken von Treu und Glauben abgeleitete Regel dann nicht, wenn die begünstigende Entscheidung auf unrichtigen Angaben des Betroffenen selbst beruht und er deshalb keinen Vertrauensschutz verdient. So ist es hier. **Der Kläger hat den Steuervorteil, den er, materiellem Recht zuwiderlaufend, behalten möchte, durch objektiv falsche Darstellung des Sachverhalts erlangt.** Die Festsetzung von Einkommensteuer und Kirchensteuer 1975 auf „0“ konnte nur deshalb erfolgen, weil in der Einkommensteuererklärung 1975 unbestritten und objektiv falsch statt des bei Abgabe seines landwirtschaftlichen Betriebes erzielten hohen Veräußerungsgewinns von 150.610 DM ein Verlust in Höhe von 67.282 DM angegeben worden ist. Unter diesen Umständen kann er sich nicht auf Vertrauensschutz berufen (so auch der Bundesfinanzhof in BStBl 1981 II S. 388).

Da der Kläger, wie ausgeführt, materiell-rechtlich zutreffend zur Zahlung von Einkommensteuer und Kirchensteuer für 1975 nachträglich herangezogen worden ist und weil er ferner keine unangreifbare Rechtsposition erlangt hat, welche dem Finanzamt die spätere Festsetzung verwehrt haben würde, ist ihm letztlich ein Schaden im Rechtssinne nicht entstanden. Der Senat folgt insoweit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach der Verlust einer tatsächlichen oder rechtlichen Position, auf die der Geschädigte nach der Rechtsordnung keinen Anspruch hat, keinen ersatzfähigen Schaden darstellt. Der Geschädigte soll im Wege des Schadenersatzes nicht einen Gewinn erhalten, den andere gesetzliche Vorschriften, zu denen auch die steuerrechtlichen Bestimmungen zählen,

gerade verhindern wollen. Ihm darf im Wege des Schadenersatzes nicht mehr zugesprochen werden als das, worauf er rechtmäßig Anspruch hat (BGH GI 22/85 = NJW 1985, 2482 = MDR 86/137; BGH R – Zivilsachen, BGB § 249, Schaden I = Urt. v. 26.1.1989 = GI 1989, 79).

Ein Schadenersatzanspruch auf Erstattung der für das Jahr 1975 nachträglich gezahlten Einkommensteuer und Kirchensteuer steht dem Kläger mithin gegen keinen der Beklagten zu.

II.

Aussetzungszinsen in Höhe von 10.642,50 DM, die während des finanzgerichtlichen Verfahrens angefallen sind, kann der Kläger ebensowenig beanspruchen. Bezüglich der Beklagten zu 2) und 3) fehlt es insoweit bereits an der notwendigen Passivlegitimation. Der Beklagte zu 1) war in jenem Verfahren ursprünglich beauftragt. Die Prozeßvollmacht lautete nur auf ihn. Daß seine beiden Söhne, die Beklagten zu 2) und 3), sich dann mit ihm in einer Steuerberatungsgesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossen haben, machte sie nicht automatisch zu Mandatsträgern (BGH MDR 85/575). Etwas anderes würde gelten, wenn sie in das frühere Einzelmandat später ausdrücklich mit einbezogen worden wären. Dazu aber trägt der Kläger nichts vor.

Der Beklagte zu 1) braucht für die vom Kläger gezahlten Aussetzungszinsen ebenfalls nicht zu haften. Grundlage hierfür könnte allenfalls ein **objektiv unrichtiger und schuldhaft erteilter Rat zur Klageerhebung** (einschließlich Aussetzungsantrag) im finanzgerichtlichen Verfahren sein. Es kann aber bereits nicht festgestellt werden, daß dieser Rat im vorliegenden Fall eine Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters darstellt. Im finanzgerichtlichen Verfahren ging der Kläger davon aus und war unstreitig, daß die neuerliche Steuerfestsetzung mit materiellem Steuerrecht voll in Einklang stand. Gegen die ermittelten Steuern wurden an sich weder dem Grunde noch der Höhe nach Einwendungen erhoben. Daß der Kläger bei richtiger Angabe des Veräußerungsgewinns von vorneherein den gleichen Betrag hätte zahlen müssen, dessen war er sich vor Klageerhebung bewußt, auch ohne daß es dazu weiterer Darlegungen des Steuerberaters bedurft hätte. Gleichwohl wollte er dies nicht hinnehmen. Dann aber blieb nur der Klageweg. Angesichts der materiell-rechtlichen Lage konnte die Entscheidung letztlich nur noch in der Weise ernsthaft in Frage gestellt werden, wie es in der Klageschrift des finanzgerichtlichen Verfahrens geschehen und im Urteil des Finanzgerichts später zusammenfassend richtig wiedergegeben worden ist, d. h. dergestalt, daß allein auf die Bestandskraft des ersten Bescheides abgestellt wurde. **In dem Rat, eine Klage mit dieser Begründung zu erheben, lag angesichts der erheb-**

lichen Problematik der zu prüfenden mannigfachen Rechtsfragen keine Pflichtwidrigkeit. Daß letzte Klarheit in diesem Punkt keineswegs bestand, zeigt auch das erst im Laufe jenes Verfahrens ergangene Urteil des Bundesfinanzhofs vom 26. 3. 1985 – VIII R 225/83 – Bundessteuerblatt II 1985, 603. Dort hat sich der Bundesfinanzhof veranlaßt gesehen, seine frühere Rechtsprechung, die in der Literatur und bei den Instanzgerichten auf Kritik gestoßen war, erneut zu überprüfen, zu erläutern, dann allerdings zu bestätigen. Wenn der Beklagte bei diesem Meinungsstand zur Klageerhebung geraten hat, so hat er hierdurch seine Pflichten als Steuerberater noch nicht objektiv verletzt. Zumindest aber fehlt es an einem Verschulden, **weil er sich in vertretbarer Weise auf nach seiner Ansicht die Klage stützende Rechtsprechung berufen hat.**

Anmeldung zur Sozialversicherung

– Fehler des Steuerberaters

(LG Düsseldorf, Urt.v. 25.10.1991 – 20 S 47/91)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die gesetzliche Krankenkasse hat einen Erstattungsanspruch zu Unrecht gezahlter Leistungen gem. § 50 Abs. 1 SGB X lediglich gegen den Leistungsempfänger und nicht gegen Dritte.
2. Hat der Steuerberater in Folge eines Büroversehens eine fehlerhafte Meldung für einen Mitarbeiter des Mandanten abgegeben, so ist dieser durch das Verhalten des Steuerberaters selbst keinem Regreßanspruch der Krankenkasse ausgesetzt.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch, weil er in einer Unterbrechensanmeldung an die Krankenkasse in Folge eines Versehens die Kennziffer 3 anstelle der zutreffenden Kennziffer 2 als Grund der Unterbrechung eingetragen hatte. Er behauptet, daß ihm hierdurch ein Schaden in Höhe von 2.761,87 DM entstanden sei. Die Krankenkasse verlange von ihm die Rückzahlung dieses Betrages, weil sie in der durch die unrichtige Unterbrechensanmeldung verursachten Unkenntnis der Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Mitarbeiters und damit in Unkenntnis des Endes der Mitgliedschaft Leistungen erbracht habe.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung hat in der Sache Erfolg, denn ein Anspruch des Klägers auf Schadenersatz gegen die Beklagte besteht unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt. Ein solcher Anspruch des Klägers hätte zur Voraussetzung, daß der Kläger durch das Verhalten der Beklagten selbst einem Regreßanspruch seitens der AOK ausgesetzt wäre, was jedoch nicht der Fall ist. Die spezialgesetzliche Regelung über die **Erstattungspflicht zu Unrecht gezahlter Leistungen nach § 50 Abs. 1 SGB X** gibt dem **Träger der Krankenversicherung lediglich einen Anspruch gegen den Leistungsempfänger selbst**, nicht hingegen gegen Dritte (Wiesner in Schröder/Printzen/Engelmann/Schmalz/Wiesner/von Wulfen, SGB X, 2. Aufl.). Demnach ist der Kläger nach dieser Vorschrift der AOK nicht zum Schadenersatz verpflichtet.

Zwischen der AOK und dem Kläger als Arbeitgeber besteht auch **keine öffentlich-rechtliche Sonderverbindung** dergestalt, daß der Kläger wegen Verletzung eines solchen Rechtsverhältnisses zum Schadenersatz verpflichtet sein könnte. Um eine derartige Sonderverbindung bejahen zu können, müßte zwischen dem Kläger und der AOK eine einem privatrechtlichen Schuldverhältnis vergleichbare Leistungs- oder Obhutsbeziehung bestehen. Die Mitteilungsvorschriften nach §§ 28 a SGB IV, 198 SGB V sind Ordnungsvorschriften, die die Durchführung der gesetzlichen Krankenversicherung gewährleisten sollen. Da sie über den allgemeinen Gesetzesbefolgungsanspruch hinaus dem Adressaten gegenüber der Kasse keine besonderen Fürsorge- oder Leistungspflichten auferlegen, kann ein öffentlich-rechtliches Schuldverhältnis nicht angenommen werden.

Ein **deliktischer Anspruch** der AOK gegenüber dem Kläger entfällt bereits deshalb, weil die Mitteilungsvorschriften nach §§ 28 a SGB IV, 198 SGB V nach den vorstehenden Ausführungen keine Schutzgesetze im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB zugunsten der Krankenkasse sind (vgl. Schäfer in Staudinger, BGB, 12. Aufl., § 823 Rdnr. 852 m.w.N.).

GI Hinweise

Im Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln erscheint bereits in 3. Auflage das Buch von Hölters, **Anspruch des Unternehmens- und Beteiligungskaufs** (675 Seiten; DM 184,20). Neu aufgenommen werden Erläuterungen zum Unternehmenskauf unter Beteiligung der Treuhandanstalt. Das Handbuch gibt im allgemeinen Teil einen Überblick über Bedeutung, taktische und strategische Grundfragen sowie den Ablauf von Verhandlungen. Daneben findet sich eine ausführliche Darstellung zur Bewertung, Finanzierung, Vertragsrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht und Kartellrecht. Checklisten zeugen von einem umfassenden Know-how und geben dem Leser nützliche Hilfestellungen für die Praxis.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 7, 1992)

Abtretung			
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58		
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77		
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Amtspflichtverletzung d. FA			
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54		
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54		
Anwaltsnotar			
– Sozietät	92, 121		
– Unparteilichkeit			
Arglistseinwand			
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß = Bilanz, Status	92, 8		
Bankhaftung			
– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114		
Belehrungspflicht d. RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit = Kenntnis der Berufsordnung	92, 115		
– gesetzliches Verbot	92, 115		
– beschränkte Erbenhaftung	92, 58		
Belehrungspflicht d. Stb/Wp			
– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77		
– Befreiungstatbestand = vor 15 Jahren	92, 22		
– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175		
Berufsverbot			
– Berufshaftpflichtversicherung	92, 135		
– Schuldnerverzeichnis	92, 130,		
– d StB	131, 132		
Betrug			
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung = Beweisvermutung	92, 58		
– f. Mandatsumfang	92, 2		
Bilanzerstellung			
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		
– Dritthaftung	92, 8		
– Testat	92, 8		
Buchführungsauftrag			
– verspätete Erstellung	92, 95		
Bundesverfassungsgericht			
– Anwaltspflichten	92, 24		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	92, 63		
Dritthaftung			
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = obj. Interessenlage	92, 8		
– Testat	92, 8		
– vertragsähnli. Vertrauenshaftung	92, 17		
Ehescheidung			
– Parteiverrat d. RA	92, 127		
– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Eigenschaft, zugesicherte –			
– Steuervorteil	92, 181		
Erbenhaftung, beschränkte			
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58		
Feststellungsklage			
– negative –	92, 28		
– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88		
Freistellungsanspruch			
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85		
– Verjährung	92, 85		
Fristenkontrolle			
– Telefax			
– Funktionsfähigkeit	92, 41		
– Überwachung durch Mandanten	92, 59		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
– Wettbewerbsverbot = Übergangsregelung	92, 109		
GmbH			
– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144		
– Durchgriffshaftung	92, 145		
– Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108		
– Löschung im HR	92, 108		
Grundaufzeichnungen			
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114		
Honoraranspruch d. RA			
– Betrug, Untreue	92, 105		
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Honoraranspruch d. Stb			
– Änderung der Rechnung	92, 91		
– Einforderbarkeit, § 9 StbGebV = Gebührenvorschriften	92, 95, 101		
– Gegenstandswert	92, 95, 101		
– Klagbarkeit	92, 101		
– Zeitgebühr	92, 101		
– Fälligkeit, § 7 StbGebV = Betriebsprüfung	92, 44		
– Gebührenrahmen, § 11 StbGebV = Mittelgebühr	92, 89		
– nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160		
– Pauschalgebühr, § 14 StbGebV	92, 157		
– Schriftform	92, 157		
– Zahlung e. Teilbetrages	92, 95		

Honoraranspruch d. WP			
– StbGebV	92, 89		
Kapitalanlagebetrug			
– Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85		
Kaufvertrag			
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Kausalität			
– Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28		
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Konkursverwalter Haftung d. –			
– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25		
– Interessenkollision	92, 25		
– Steuerhaftung	92, 25		
Lohnbuchhaltung			
– fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202		
= Erstattungsanspruch d. KK,			
§ 50 Abs. 1 SGB X	92, 202		
Lohnsteuererstattung			
– Finanzierung d. Kreditinstitute			
= Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfvereins	92, 28		
Lohnsteuerhilfverein			
– Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung			
d. Lohnsteuer	92, 28		
Mitverschulden			
– Fristüberwachung	92, 59		
– Grundaufzeichnungen	92, 195		
– richtige Informationen an StB	92, 22		
= durch Dritte	92, 58		
– Steuererklärung	92, 59		
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
Niederlassungsfreiheit			
– gegenseitige Anerkennung	92, 114		
Notar			
– Ehevertrag			
= Unparteilichkeit	92, 121		
– Unparteilichkeit			
= Sozietät	92, 121		
– Vermögensvormund			
= Mündelgrundstück	92, 136		
– Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144		
Parteierrat, § 356 StGB			
– Scheidungsverfahren	92, 127		
Praxisveräußerung			
– Gegenstand d. –	92, 89		
– Haftung f. Altberater	82, 89		
Prospekthaftung			
– b. Bauherrenmodell			
= Hamburger Modell	92, 29		
– d. Gutachters	92, 3		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
– Schaden			
= Befreiung v. Vertrag	92, 29		
– Verjährung			
= § 68 StBerG	92, 29		
Rechtsanwalt			
– Niederlassungsfreiheit			
– Wahrheitspflicht			
= d. Strafverteidigers	92, 128		
– Zulassung			
= Verbandstätigkeit	92, 88		
= AG-Vorstand			
– Zweitbüro			
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung			
– Erschließungsbeiträge	92, 28		
– Steuerberater			
= Erschließungsbeiträge	92, 28		
– d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 88		
Rechtsmittelauftrag			
– ohne Auftragsbestätigung	92, 76		
Rechtswahlklausel			
– Prospekthaftung	92, 25		
Schaden			
– Kapitalanlage			
= Rückabwicklung	92, 29		
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198		
Schuldnerverzeichnis			
– d. StB	92, 135		
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB			
– d. Gesellschafter-Geschäftsführers	92, 145		
– Jahresabschluß	92, 19		
– Vermögenslage	92, 145		
– vorsätzliche sittenwidrige –			
= Grundstücksbewertung	92, 191		
Sozietät			
– Anwaltsnotar			
= Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Standesrecht			
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134		
– Berufsverbot	92, 130,		
	131, 132		
Steuerberatungsgesetz			
– § 4, Zf. 5			
= unmittelbarer Zusammenhang	92, 28		
– § 5			
= Steuerberechnung, Wirtschafts-			
beratungsfirma	92, 28		
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen			
= Rechenzentrum	92, 2		
– § 57			
= Werbeverbot, Anwaltsuchservice	92, 25		
Steuerberatungsvertrag			
– Ehegatten			
= Taschengeldparagraph, § 1357 BGB	92, 167		
– Kündigung, § 627 BGB			
= lfd. Einspruchsverfahren	92, 155		
= Resthonorar	92, 160		
Steuererklärung			
– Informationen d. Mandanten	92, 22		
= fristgerechte –	92, 59		
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22		
Steuergestaltungsberatung			
– Mandatsumfang	92, 2		
– Wirtschaftsberatung	92, 2		
Steuerhaftung			
– d. Konkursverwalters	92, 25		
Stiftungsgründung			
– Belehrung, Durchlaufspende	92, 175		
Strafvereitelung, § 258 StGB			
– d. Strafverteidigers	92, 128		
Strafzumessung			
– Berufsverbot	92, 130,		
	131, 132		

Telefax		BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 41	= BGH Z 106, 134	
		= NJW 1989, 303	
Testat (s. Bestätigungsvermerk)		= DB 1989, 525	
– Beweiskraft	92, 8	= WM 1989, 114	
– Prüfungspflicht d. Bank	92, 114	= ZIP 1989, 50	
Treuhänder		BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (R) 11/89	92, 123
– Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58	BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136
– Aufklärungspflichten	92, 114	BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130
= Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter	92, 174	BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89	92, 25
– Haftungsbeschränkung		= BGH Z 113, 262	
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2	= WM 1991, 420	
– Untreue, § 266 StGB	92, 58	= WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann)	
– Vermögensbetreuungspflicht	92, 58	= NJW 1991, 982	
– Vollmacht, Umfang d. –	92, 114	BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127
Untreue, § 266 StGB		BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (B) 2/91	
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105	= BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88
– Treuhänder	92, 58	BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90	
– Vermögensvormund		= RPKU 1.124/91	92, 58
= Mündelgrundstück	92, 136	BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181
Verhandlungsgehilfe, § 278 BGB		BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (B) 4/91	
– Makler	92, 181	= BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90	92, 58
– Prospekthaftung	92, 29	= RPK U 1.077/91	
Verjährung, § 51 BRAO		BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131
– Belehrungspflicht ü. Fehler		BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90	92, 145
= Anlaß zur Belehrung	92, 46	= WM 1991, 1548	
= Regreßmandat an Kollegen	92, 71	= DSStR 1991, 1429	
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71	= VersR 1991, 1247	
– Verjährungsbeginn		= ZIP 1991, 1140	
= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72	BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90	
Mandatsende, kein Schaden		= WM 1991, 1812	92, 58
– Verjährungshemmung		BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90	92, 191
= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46	BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90	
Vermittlerhaftung	92, 174	= WM 1991, 1992	92, 58
– Belehrungsinhalt	92, 174	BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89	92, 29
Verschwiegenheit		= BAUR 1991, 796	
– gegenüber Miterben	92, 2	BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90	92, 28, 58
Versicherungsschutz		= MDR 1991, 1095	
– Berufshaftpflicht		= WM 1991, 1993	
= Prämienzahlung	92, 134	BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91	92, 41
– Serienschaden		= WM 1991, 2080	
= fehlerhafte Prospektprüfung	92, 80	= ZIP 1991, 1629	
Vollmacht		BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91	92, 28
– d. Treuhänders, Umfang	92, 114	= NJW 1992, 436	
Wahrheitspflicht		= WM 1992, 276	
– d. Strafverteidigers	92, 128	BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90	92, 59
Werbeverbot		= WM 1992, 62	
– Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25	= NJW 1992, 307	
– Beratungsverbund	92, 174	= DSStR 1992, 410	
– f. Rechtsanwälte	92, 25	= DB 1992, 523	
– Strafverteidiger	92, 85	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90	92, 85
– Werbung	92, 123	= ZIP 1991, 1597	
Wirtschaftsberatung		= NJW 1992, 241	
– Mandatsumfang	92, 2		
Zwischenvermietung			
– Belehrungspflichten	92, 163		
– Gestaltungsmißbrauch	92, 163		

BGH v. 21.10.1991 – II ZR 221/90	92, 88	OLG Köln v. 23.1.1991 – 2 U 56/90 n. rkr. = RPK U 1.075/91	92, 114
BGH v. 7.11.1991 – III ZR 118/90 = RPK U 1.148/92	92, 174	OLG München v. 17.5.1991 – 21 U 4529/90	92, 8
BGH v. 7.11.1991 – IX ZR 288/90	92, 175		
BGH v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91	92, 71	OVG Nordrhein-Westfalen v. 27.6.1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28
BGH v. 9.12.1991 – NotSt 26/90	92, 121		
BGH v. 9.12.1991 – NotSt (B) 1/91 = NJW 1992, 1179	92, 144		
BGH v. 6.2.1992 – IX ZR 95/91 = NJW 1992, 1159 = WM 1992, 742	92, 115	KG Berlin v. 19.12.1990 – 24 U 5932/90 = RPK U 1.070/91	92, 88
BGH v. 17.3.1992 – XI ZR 204/91 = WM 1992, 770	92, 174	LG Arnsberg v. 20.6.1991 – 9 T 2/91	92, 108
BGH v. 20.3.1992 – V ZB 7/92	92, 144	LG Düsseldorf v. 25.10.1991 – 20 S 47/91	92, 203
		LG Hamburg v. 31.5.1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25
BFH v. 14.8.1991 – I B 240/90 = NJW 1992, 1191	92, 144	LG Hannover v. 24.1.1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55
		LG Karlsruhe v. 7.3.1990 – 3 O 339/89	92, 22
BVerfG v. 8.7.1991 – 2 BvR 731/91	92, 25	LG München I v. 23.4.1991 – 8 O 20696/90	92, 114
		LG München v. 18.12.1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85
OLG Celle v. 7.11.1991 – 13 U 79/91 = StB 1992, 174	92, 174		
OLG Düsseldorf v. 10.8.1988 – StO 1/88	92, 132	EGH Hessen v. 28.2.1991 – 1 EGH 2/90 = EWIR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
OLG Düsseldorf v. 11.10.1990 – 18 U 62/90 rkr.	92, 101		
OLG Düsseldorf v. 31.10.1990 – 18 U 109/90 rkr.	92, 89	BdF Schreiben v. 4.2.1992 – IV B 7 – S 2742 – 6/92	92, 109
OLG Düsseldorf v. 15.11.1990 – 18 U 100/90	92, 96		
OLG Düsseldorf v. 6.12.1990 – 18 U 126/90 rkr.	92, 91	AG Hannover v. 27.8.1991 – 506 C 4532/91 = RPK U 1.145/92	92, 114
OLG Düsseldorf v. 10.12.1990 – I WS 1096/90	92, 128		
OLG Düsseldorf v. 14.3.1991 – 18 U 253/90	92, 195	EuGH v. 7.5.1991 – Rs. C-340/89 = RIW 1991, 946	92, 114
OLG Düsseldorf v. 28.3.1991 – 13 U 2/91	92, 157		
OLG Düsseldorf v. 11.4.1991 – 13 U 10/91	92, 160		
OLG Düsseldorf v. 6.6.1991 – 13 U 3/91	92, 167		
OLG Düsseldorf v. 27.6.1991 – 13 U 16/91	92, 163		
OLG Düsseldorf v. 18.7.1991 – 13 U 25/92	92, 155		
OLG Düsseldorf v. 25.7.1991 – 13 U 30/91	92, 198		
OLG Düsseldorf v. 31.10.1991 – 13 U 100/91	92, 45		
OLG Frankfurt v. 23.5.1991 – 6 W 41/91 rkr. = DStR 1991, 1201	92, 28		
OLG Hamburg v. 4.10.1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28		
OLG Hamm v. 7.6.1989 – 25 U 168/88	92, 77		
OLG Karlsruhe v. 20.12.1990 – 2 Ws 265/89	92, 105		
OLG Karlsruhe v. 5.6.1991 – 1 U 270/90	92, 3		
OLG Karlsruhe v. 16.10.1991 – 1 U 5/91	92, 47		
OLG Köln v. 9.3.1989 – 5 U 111/88	92, 53		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.